

**Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich**

vom 5. Juli 2000

1132. Schriftliche Anfrage von Robert Schönbächler betreffend Wipkingen/Industriequartier, Abwanderung. Am 22. März 2000 reichten die Gemeinderäte Robert Schönbächler (CVP) und Kurt Tschopp (CVP) folgende Schriftliche Anfrage GR Nr. 2000/134 ein:

Gemäss den ersten Resultaten der von der Fachstelle für Stadtentwicklung durchgeführten «Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich 1999» würden 18 Prozent der Bevölkerung in Wipkingen und im Industriequartier lieber an einem anderen Ort wohnen und wegziehen. Als Gründe dafür wurden hauptsächlich die Bereiche Verkehr, Drogen, Kriminalität und Ausländerfragen angegeben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Im unteren Industriequartier (Zürich West) unternimmt die Stadt grosse Anstrengungen zur (wünschbaren!) Ansiedlung von Familien und weiteren Bewohnern und Bewohnerinnen, Firmen, Dienstleistungs- und Unterhaltungsbetrieben. Nördlich und östlich der Limmat und des SBB-Viaduktes will aber offenbar fast ein Fünftel der Bevölkerung wegziehen. Welche Vorstellungen (z. B. Konzept) hat der Stadtrat von der Zukunft von Wipkingen und dem oberen Industriequartier? Mit welchen Instrumenten werden die Sorgen und Nöte der Bevölkerung erfasst? Besteht seitens des Stadtrates eine Kontrolle, ob erkannte Probleme innert nützlicher Frist gelöst werden und ob dies für die Bevölkerung zufriedenstellend erfolgt ist?
2. Wie gedenkt der Stadtrat zu verhindern, dass die Leute, die wegziehen möchten, wirklich wegziehen? Wie werden die quartierbindenden Organisationen (Quartiervereine, Vereine usw.) in die Anstrengungen der Stadt miteinbezogen und in ihrem Engagement zur Erhaltung und Aufwertung des Quartierlebens unterstützt?
3. Ist der Stadtrat gewillt, den damaligen Aussagen (Versprechen), die «Westtangente» sei nur ein provisorisches Bauwerk bis zur Eröffnung der «Westumfahrung», Taten folgen zu lassen? Wie sollen diese damaligen Absichtserklärungen eingelöst werden und mit welchen Schritten gedenkt der Stadtrat vorzugehen? Ist der Stadtrat auch bereit, unpopuläre Massnahmen (Rückbau, weitgreifende flankierende Massnahmen usw.) zu Gunsten der seit Jahrzehnten «provisorisch» verkehrs- und lärmgeplagten Bevölkerung entlang der Westtangente zu ergreifen? Welche Anstrengungen unternimmt der Stadtrat nach Vorliegen der oben zitierten Umfrageergebnisse, um die Verkehrsprobleme, insbesondere in den Wohnquartieren, wirkungsvoll und mit nachhaltiger Wirkung anzugehen?
4. Welch dringender Handlungsbedarf ergibt sich für den Stadtrat aus dieser Befragung? Auf welchen Zeitpunkt ist der zweite Teil der Befragungsauswertung zu erwarten? Wie hoch sind die gesamten Kosten für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung dieser Befragung?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Ausgangslage

Die repräsentative Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich, welche im Sommer 1999 durchgeführt wurde, umfasst Fragen zu den grössten Problemen der Stadt, zur Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der Stadtverwaltung sowie zum Wohlbefinden im eigenen Wohnquartier. In diesem dritten Fragenkomplex wurden auch Fragen zu Umzugswünschen und konkreten Umzugsabsichten gestellt.

Bei der Frage nach den grössten Problemen der Stadt Zürich stehen Verkehr (49 Prozent), Ausländerfragen (32 Prozent), Kriminalität

(23 Prozent) und Drogen (18 Prozent) an der Spitze der Nennungen. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass dies auch die Gründe für einen Wegzugswunsch aus dem Quartier oder für konkrete Umzugsabsichten sind. Bei der Interpretation der einzelnen Aussagen muss also darauf geachtet werden, dass keine falschen Kausalitäten hergestellt werden.

Das Quartier Wipkingen nennt mit 61 Prozent den Verkehr als eines der grössten Probleme der Stadt, immerhin noch hinter dem Kreis 8 (75 Prozent) und Oberstrass/Fluntern (67 Prozent), aber noch vor dem Kreis 5 (47 Prozent). Die Bewohnerinnen und Bewohner des durch die offene Drogenszene stark belasteten Kreises 5 nennen jedoch das Drogenproblem mit 48 als eines der grössten Probleme der Stadt (Wipkingen: 13 Prozent, Stadt: 18 Prozent).

Die Befragung hat ferner ergeben, dass nach Meinung der Bewohnerinnen und Bewohner von Wipkingen seitens der Stadt zu wenig für verkehrsberuhigende Massnahmen unternommen werde.

Grundsätzlich leben die Befragten gerne in der Stadt Zürich. Nur gerade 7,6 Prozent würden lieber an einem anderen Ort als in der Stadt Zürich wohnen. In Wipkingen liegt dieser Anteil mit 12 Prozent etwas höher; im Kreis 5 liegt er mit 8 Prozent im städtischen Durchschnitt.

Die konkreten Fragen betreffend Wegzugswunsch aus dem Wohnquartier, Umzugsabsichten und den Gründen für Umzugsabsichten zeigen folgende Ergebnisse:

Frage: Leben Sie gerne in Ihrem Quartier oder möchten Sie lieber in einem anderen Quartier leben, wenn Sie es sich aussuchen könnten?

	Wipkingen	Kreis 5	Stadt
Ja, ich würde lieber in einem anderen Quartier leben, wenn ich es mir aussuchen könnte.	13,7%	17,7%	11,3%

Frage: Haben Sie in nächster Zeit konkrete Umzugsabsichten?

	Wipkingen	Kreis 5	Stadt
Ja, ich habe konkrete Umzugsabsichten	18,3%	20,9%	16,8%

Diese Resultate zeigen, dass nicht alle Befragten, die konkrete Umzugsabsichten haben, aus dem Quartier wegziehen möchten. Als Hauptgründe für die konkreten Umzugsabsichten respektive den geplanten Wohnungswechsel nennen die Befragten von Wipkingen und aus dem Kreis 5:

Wipkingen		Kreis 5	
1. unpassende Wohnung:	36%	1. unpassende Wohnung:	32%
2. zu teure Wohnung:	25%	2. Unsicherheit/Kriminalität:	19%
3. Belastung durch Abgase und Gerüche:	15%	3. familiäre Situation:	16%

Die Gründe für einen geplanten Umzug hängen also sowohl in Wipkingen als auch im Kreis 5 in erster Linie mit der unbefriedigenden Wohnsituation und erst in zweiter Linie mit negativen Begleiterscheinungen des Quartiers zusammen. Auch auf gesamtstädtischer Ebene ist es mit 30 Prozent die unpassende Wohnung, welche als meistgenannter Grund für den Umzug angegeben wird, gefolgt von familiären Gründen (18 Prozent), dem Wechsel der Arbeitsstelle bzw. des Ausbildungsortes (10 Prozent) und der Verkehrsbelastung (8 Prozent).

Zu Frage 1: Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass die Aussage, nördlich und östlich der Limmat und des SBB-Viaduktes wolle «offenbar fast ein Fünftel der Bevölkerung wegziehen», gemäss der Befragung zu relativieren ist.

Dem Stadtrat ist die Erhaltung einer guten Lebens-, Umwelt- und Wohnqualität in allen Quartieren der Stadt bzw. die Verbesserung dort, wo es nötig ist, ein erstrangiges Anliegen. Er hat sich in seinen Programmschwerpunkten für die Legislaturperiode 1998 bis 2002 eindeutig dazu bekannt. Es sei insbesondere auf die folgenden Schwerpunkte für die in der Anfrage genannten Probleme hingewiesen:

Der Legislatorschwerpunkt «10 000 Wohnungen in zehn Jahren» zielt generell auf die Schaffung von Voraussetzungen, «damit in den nächsten zehn Jahren auf dem Wohnungsmarkt rund 10 000 grosse und attraktive (Familien) Wohnungen zusätzlich angeboten werden können (Neubau, Umbau und Sanierung). Das Wohnumfeld in besonders belasteten Gebieten soll durch eine Verbesserung der Siedlungsinfrastruktur und eine Verminderung der Immissionen systematisch aufgewertet werden». Eine besondere Bedeutung kommt – gerade für Wipkingen und das obere Industriequartier – der angestrebten Zusammenarbeit mit wichtigen Genossenschaften und der Sanierung städtischer Liegenschaften zu.

Im Schwerpunkt «Sicherheit» anerkennt der Stadtrat, dass trotz grosser Fortschritte in der Drogenpolitik noch vieles zu tun bleibt. Er misst deshalb der Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls ein grosses Gewicht bei und beabsichtigt an umzusetzenden Massnahmen u.a. weiterhin gezielte polizeiliche Massnahmen gegen die Kriminalität, eine vermehrte Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit bzw. eine Verbesserung ihrer Bürgernähe.

Der Legislatorschwerpunkt «Aufwertung von Stadtgebieten» geht davon aus, dass Stadtgebiete mit sozialen Brennpunkten – Langstrasse, Grünau, Hardau/Hardquartier und gewisse Gebiete in Zürich Nord – «gezielte, auf das jeweilige Gebiet abgestimmte Massnahmen im Bereich des Verkehrs, des sozialen Umfeldes, der Sicherheit, des Schulangebots und der soziokulturellen Intervention» benötigen, um ihre Attraktivität als Wohnort zu verbessern. Grundsatz dieses Schwerpunktes ist es, die betroffene Bevölkerung mit partizipativen Verfahren in die Prozesse und die Planung mit einzu beziehen. Angestrebt wird, dass sich die Lage in den betroffenen Quartieren spürbar entspannt, d.h. die Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner deutlich besser wird.

Mit dem Schwerpunkt «Integrationspolitik» will der Stadtrat den Spannungen und Problemen begegnen, die sich im Zusammenleben zwischen Ausländerinnen und Ausländern und Einheimischen ergeben können. Eine stärkere Betonung der Integrationspolitik erachtet der Stadtrat als «absolut unumgänglich». Er hat die beabsichtigten Massnahmen für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt im Bericht zur Integrationspolitik im August 1999 veröffentlicht; der Gemeinderat hat davon Kenntnis genommen.

Der Stadtrat kennt die Sorgen und Nöte der Bevölkerung sehr wohl aus den zum Alltag der Stadtratsmitglieder gehörenden Begegnungen mit der Bevölkerung ebenso wie aus den Vorstössen der gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Auch wird die Fachstelle für Stadtentwicklung ihre Bevölkerungsbefragung inskünftig

alle zwei Jahre wiederholen. Wo eigentliche Projektorganisationen eingesetzt sind, gehören Controlling und Erfolgskontrolle zur formellen Abwicklung eines Projekts. Eine weitere «Kontrolle, ob erkannte Probleme innert nützlicher Frist gelöst werden» und dies auch noch auf die Bevölkerung zufriedenstellende Weise, besteht nicht.

Zu Frage 2: Der Stadtrat kann und will niemanden am Wohnungswechsel hindern. Er will aber – wie vorstehend ausgeführt – Voraussetzungen für ein gutes Angebot an grossen und attraktiven Wohnungen in der Stadt schaffen, welches insbesondere Familien mit Kindern ansprechen soll. Zum ändern soll die angestrebte Aufwertung von besonders belasteten Stadtgebieten den dort Wohnenden das Bleiben erleichtern. Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Anstrengungen zur Aufwertung ihre Wirkung nicht von heute auf morgen zeitigen können, sondern dass dies ein länger dauernder Prozess ist. Den selben Zweck verfolgen die vorgesehenen Massnahmen für ein besseres Zusammenleben mit den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Rahmen der Integrationspolitik.

Die «quartierbindenden Organisationen» nehmen im Allgemeinen auf eigene Initiative die Anliegen ihrer Mitglieder auf und sorgen für eine Weiterleitung an die Verwaltung oder an die politischen Instanzen. Mit den Quartiervereinen trifft sich der Stadtrat regelmässig einmal jährlich zu einer Aussprache und unterstützt ihre Tätigkeiten. Dafür stellt er verschiedene Gefässe bereit: Explizit eingebunden werden sie in die Prozesse im Zusammenhang mit der Aufwertung von Stadtgebieten bzw. in die entsprechenden Projektorganisationen und anderen Vertretungen der Bevölkerung. Der ganzen Quartierbevölkerung steht ausserdem die Gemeinwesenarbeit (GWA) zur Verfügung, die das Amt für Soziokultur in den Kreisen 3, 4 und 5 unterhält. Das Sozialdepartement gewährt Beiträge und Defizitgarantien an Quartierkultur-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Quartiervereine.

Das Präsidialdepartement steht den Quartiervereinen als politische Anlaufstelle zur Verfügung und ist Schnittstelle bei verwaltungsinternen Belangen. Es ist verantwortlich für die Organisation der zentralen Jungbürgerfeier der Stadt und zieht dazu jeweils die Quartiervereinspräsidien mit ein, ferner für die Organisation von politischen Aussprachen und Anlässen mit den Quartiervereinen sowie zur Abklärung eines Beitrags aus dem freien Kredit des Stadtrates bei Jubiläen der Quartiervereine oder städtischen Vereine.

Gerade der Kreis 5 kann sich darüber hinaus einer gewissen Privilegierung erfreuen: Der vom Präsidialdepartement betreute Verein «ArbeitsKreis 5» sorgt für rasche Weitergabe von Anliegen der Bewohnerschaft an Stadtrat und Verwaltung und hat schon einiges erreicht. Als Nachfolgeorganisation des Stadtforums setzt sich auch der Verein «Impulsgruppe Aufwertung Zürich West» für verschiedene Aufwertungsmassnahmen ein. So z. B. dafür, dass die Limmatufer durchgehend – in einem ersten Schritt zwischen der Wohnüberbauung Limmatwest und dem Escher Wyss-Platz – begehbar gemacht werden und der Kreis 5 mit Wipkingen durch einen neuen Steg verbunden wird.

Zu Frage 3: Der Stadtrat hatte bereits mehrmals Gelegenheit, sich gegenüber dem Gemeinderat zum Thema «Westumfahrung und flan-

kierende Massnahmen» zu äussern und verweist deshalb auf die entsprechenden Ausführungen: In seiner Antwort vom 2. Juli 1997 zur Interpellation von Markus Zimmermann hat der Stadtrat seine Position zur Westumfahrung und zu den flankierenden Massnahmen ausführlich dargelegt. Er befürwortet und unterstützt die Westumfahrung bei gleichzeitiger Realisierung der notwendigen flankierenden Massnahmen.

Die Schriftliche Anfrage von Pierino Cerliani und Silvia Biedermann über die Arbeitsgruppe «flankierende Massnahmen» veranlasste den Stadtrat am 15. Juli 1998, sich zur Zusammensetzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Kanton und Stadt und zu den Aufgaben der städtischen Mitglieder zu äussern.

In seiner Antwort vom 10. März 1999 auf die Interpellation von Rolf Kuhn und Ueli Keller zur Westtangente hat sich der Stadtrat zudem für die Fortführung der gemeinsamen Arbeit von Kanton und Stadt ausgesprochen, denn nur «eine enge Zusammenarbeit des für die Staatsstrassen und den Nationalstrassenbau zuständigen Kantons mit der Stadt verspricht letztendlich eine erfolgversprechende Realisierung aller dringend nötigen flankierenden Massnahmen».

Der Stadtrat will den noch ausstehenden Vorschlägen der Arbeitsgruppe nicht vorgreifen, sondern diese – sobald sie vorliegen – genau prüfen und sich dann seine Meinung bilden. Es versteht sich von selbst, dass daher im gegenwärtigen Zeitpunkt – womöglich einseitige – «unpopuläre Massnahmen» kein Thema sein können. Der guten Ordnung halber ist schliesslich die Anfrage dahingehend zu präzisieren, dass in allen Aussagen im Zusammenhang mit der Funktion der Westtangente stets von einem Provisorium die Rede war, nicht von einem provisorischen Bauwerk.

Zur wirkungsvollen und nachhaltigen Verbesserung der Verkehrsprobleme in den Wohngebieten trägt ohne Zweifel die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in der ganzen Stadt erheblich bei. Im Übrigen ist auf die hohe Priorität zu verweisen, welche die Massnahmen im Bereich des Verkehrs bei der oben beschriebenen Aufwertung von Stadtgebieten nach wie vor haben,

Zu Frage 4: Die Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner vom Sommer 1999 – der zweite Teil wird im September dieses Jahres veröffentlicht – hat dem Stadtrat bestätigt, dass er mit den erwähnten Legislatorschwerpunkten auf dem richtigen Wege ist. In Anbetracht der nach wie vor beschränkten finanziellen und personellen Mittel richtet sich der dringendste Handlungsbedarf auf diejenigen Gebiete, die im Legislatorschwerpunkt «Aufwertung von Stadtgebieten» definiert wurden.

Die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der Befragung durch das Markt- und Sozialforschungsinstitut LINK in Luzern – d.h. alle externen Kosten und die Vergütungen für die Leistungen der OIZ – betragen Fr.108 247.55. Die Vorbereitung und die Auswertung der Befragung werden von der Fachstelle für Stadtentwicklung durchgeführt; deren gesamter Arbeitsaufwand für die Auswertung steht noch nicht fest.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Martin Brunner